



**Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 380, 02.03.2011**

---

***Grüne fragen nach:* Erweiterung des Angebots an Sprachvorkursen in Gröpelingen**

***Grüne fragen nach:* Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport**

**Hartz IV-Kompromiss: Regelsatz weiterhin unzureichend**

---

***Grüne fragen nach:*  
Erweiterung des Angebots an Sprachvorkursen in Gröpelingen**

Die Grünen wollen in der nächsten Stadtbürgerschaft im April vom Senat wissen, wie er das aktuelle Angebot an Sprachvorkursen in Gröpelingen bewertet und ob es Plannungen gibt, das Angebot für GrundschülerInnen an der Fischerhuder Straße oder an anderen Standorten in Gröpelingen zu erweitern, damit alle Kinder, für die dieser Kurs sinnvoll ist, ihn auch ohne Wartezeiten nutzen können.

Die Frage finden Sie hier:

[http://www.bremische-buergerschaft.de/drs\\_abo/Frage\\_2\\_Stadtbuergerschaft\\_50e.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Frage_2_Stadtbuergerschaft_50e.pdf)

***Grüne fragen nach:*  
Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport**

Außerdem wollen wir vom Senat wissen, wie er den Ehrenkodex der Bremer Sportjugend bewertet, der die Vorbeugung sexualisierter Gewalt fördern soll und wie er den Umstand bewertet, dass die Sportvereine bisher auf Freiwilligkeit bei der Unterzeichnung des Ehrenkodexes setzen.

Die Frage finden Sie hier:

[http://www.bremische-buergerschaft.de/drs\\_abo/Frage\\_6\\_Landtag\\_2b1.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Frage_6_Landtag_2b1.pdf)

## Hartz IV-Kompromiss: Regelsatz weiterhin unzureichend

Vor einem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze für EmpfängerInnen von Hartz IV für verfassungswidrig erachtet und dem Bund aufgegeben, sie neu zu berechnen. Ein im letzten Jahr vorgelegter Gesetzentwurf der Bundesregierung sah eine Erhöhung um nur fünf Euro vor und verfolgte u. a. ein „Bildungsgutscheinmodell“ für Kinder und Jugendliche.

Dieses Gesetz scheiterte im Bundesrat, woraufhin der Vermittlungsausschuss angerufen wurde. In der ersten Verhandlungsrunde wurde kein Kompromiss gefunden, erst in der letzten Woche hat sich im zweiten Anlauf der Vermittlungsausschuss verständigt. Die VerhandlungsführerInnen der Grünen waren am 20. Februar 2011 aus der Verhandlung ausgestiegen. Sie lehnen den Kompromiss ab und so hat sich Bremen gemäß Koalitionsvertrag im Bundesrat enthalten.

Horst Frehe, grüner Sozialpolitiker, begründete den Ausstieg der Grünen: „Der in der letzten Woche festgeklopfte Kompromiss zwischen den Ministerpräsidenten und der Bundesregierung, den Regelsatz um die fünf Euro rückwirkend ab 1. Januar und um drei Euro im nächsten Jahr zu erhöhen, ist nach Auffassung der Grünen völlig unzureichend! Die Regelsatzberechnung der Bundesregierung und damit ihre Berechnungstricks halten einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht stand.“

Ein Regelsatz von 420 Euro für alle BezieherInnen von Grundsicherungsleistungen kommt in seiner Höhe dem nahe, was sich ergibt, wenn die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt würden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat dies überzeugend dargelegt, daher haben die Grünen dies auch als Forderung in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Horst Frehe: „Wir Grünen haben diese Forderung auf Bundesebene in den Verhandlungen zum Vermittlungsausschuss aber nicht durchsetzen können. Als klar wurde, dass CDU und FDP absolut nicht bereit sind, eine verfassungskonforme Regelung anzustreben und weitgehend an ihrer vorliegenden Berechnung festhalten, die weder transparent ist noch nachvollziehbar und schon gar nicht bedarfsgerecht ist, sind wir Grünen aus den Verhandlungen ausgestiegen.“

Der Kompromiss umfasste zwar neben diesen Regelsätzen das Bildungs- und Teilhabepaket, Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und Mindestlöhne vor allem im Bereich der Zeitarbeit. Dennoch: Auch wenn die Kommunen Millionen erhalten, das Existenzminimum ist für die Grünen nicht verhandelbar.

### AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin  
[anja.stahmann@gruene-bremen.de](mailto:anja.stahmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher  
[mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de](mailto:mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmann, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend  
[tobias.erzmann@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von  
Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.